Bundesinstitut für Berufsbildung

ANHANG ZUR PRESSEMITTEILUNG

Gemeinsame Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2025

35/2025
05.11.2025

Der Berufsbildungsbericht 2025 bietet eine gute und umfangreiche Grundlage für den Blick auf die aktuelle Situation der Berufsbildung. Die drei Bänke danken allen Beteiligten für die Erstellung des Berichts – insbesondere denen im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Wie bereits in den Vorjahren müssen wir jedoch konstatieren, dass die sehr kurzfristige Vorlage des Berichtsentwurfes mit zahlreichen Aktualisierungsvorbehalten eine angemessene Auseinandersetzung mit diesem sehr bedeutsamen Dokument zunehmend schwieriger macht. Beim BIBB-Hauptausschuss handelt es sich um ein internes Beratungsgremium der Bundesregierung in Fragen der beruflichen Bildung; insofern muss ein erster Entwurf des Berufsbildungsberichtes dem hierzu eingerichteten Unterausschuss auch schon bereits frühzeitiger übermittelt werden.

Die Berufsausbildung ebnet den Weg ins Berufsleben. Davon ausgehend erschließen sich über die Fortbildung Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung. Aus- und Fortbildung haben also für die Unternehmen wie für die kommenden Generationen eine zentrale Bedeutung. Für immer mehr Unternehmen wird die Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs zur Herausforderung. Aber auch für junge Menschen ist der Übergang von der Schule in den Beruf eine Herausforderung; handelt es sich doch um einen äußerst bedeutsamen Entwicklungsschritt.

2024 ging die Zahl der geschlossenen Ausbildungsverträge um 0,5 Prozent auf 486.711 zurück. In dieser Entwicklung und in der rückläufigen Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze spiegeln sich auch die konjunkturellen Rahmenbedingungen für die Betriebe. Erfreulich ist hingegen der erneute Anstieg der Ausbildungsnachfrage um 0,4 Prozent, denn er zeigt das anhaltend hohe Interesse junger Menschen an einer Ausbildung. Dass die Zahl der Ausbildungsverhältnisse immer noch nicht das Vor-Corona-Niveau erreicht hat, ist bedauerlich. Es ist unser gemeinsames Ziel, das Niveau wieder zu steigern.

Noch immer verhindern an vielen Stellen des Ausbildungsmarktes Passungsprobleme ein Zusammenfinden von Angebot und Nachfrage. Hier bedarf es weiterer Anstrengungen. Eine Erhöhung des Stellenwerts der beruflichen Orientierung in Schulen ist eine wichtige Aufgabe für alle Akteure, um eine Steigerung der Neuvertragszahlen zu erzielen. Hierbei

sind auch die Gymnasien verstärkt in den Blick zu nehmen. Auch hier gilt es, für die beruflichen Möglichkeiten junger Menschen offen und klischeefrei zu werben. Nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerks-Ordnung (HwO) geregelte Bereiche mit besonders positiven Zukunftsperspektiven, wie die Berufe rund um Mathematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaften und Technik (MINT), sollten hierbei einen angemessenen Stellenwert genießen. Gleiches gilt für die ebenfalls vom Fachkräftemangel betroffenen Berufe im Gesundheits- und Erziehungsbereich. Daneben müssen Unterstützungsangebote für junge Menschen und Betriebe, wie zum Beispiel die Assistierte Ausbildung, bekannter gemacht und effektiver genutzt werden.

Die Stärkung der Berufsbildung führt aus unserer Sicht auch über die Förderung der Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung. Hier gibt es noch immer spürbare Unterschiede, die es zu überwinden gilt – zum Beispiel hinsichtlich ÖPNV-Tickets, Wohnheimen und Auslandsaufenthalten.

Die neue Bundesregierung rufen wir auf, die Berufsbildung im Blick zu behalten und hier deutlich spürbare Impulse zu setzen. Sozialpartner sowie Länder stehen gerne als Kooperationspartner zur Verfügung. Das Bundesinstitut für Berufsbildung bildet mit seiner auf den vier Bänken Bund, Länder, Arbeitgeber und Arbeitnehmer basierenden Gremienstruktur sowie dem Hauptausschuss als Parlament der Berufsbildung eine ideale Plattform.

Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Ländervertretungen danken allen, die sich in der betrieblichen oder schulischen Praxis, als Dozentinnen und Dozenten sowie ehrenamtlich in Prüfungen, Berufsbildungsausschüssen und/oder Neuordnungsverfahren für die berufliche Bildung engagieren. Diese Personen sind tragende Stützen für die qualitätsorientierte berufliche Bildung.

Ergänzende Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) berät die Bundesregierung und kann in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme zum Entwurf des Berufsbildungsberichts abgeben (§ 92 Abs. 2 Nr. 2 Berufsbildungsgesetz). Die durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gesetzten Rahmenbedingungen mit äußerst kurzen Bearbeitungsfristen und einem Entwurf mit diversen Änderungsvorbehalten verhindern seit Jahren die Wahrnehmung dieses gesetzlichen Rechts. Mit größtem Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass auch im vergangenen Jahr keinerlei Verbesserungen eingetreten sind und unsere konstruktiven Vorschläge aus 2024 an das Bundesministerium für Bildung und Forschung zur angemessenen Wahrnehmung des gesetzlichen Rechts ignoriert wurden. Die Arbeitgeberbank im BIBB-Hauptausschuss appelliert eindringlich an die Bundesregierung, unverzüglich die Grundlagen für eine zeitlich und inhaltlich angemessene Befassung mit dem Berichtsentwurf zu schaffen.

Unabhängig davon erkennen wir die geleistete Arbeit an und danken allen, die an der Erstellung des Berichts mitgewirkt haben. Einmal mehr ist es gelungen, eine Vielzahl empirischer Fakten zusammenzutragen und damit ein aussagekräftiges Bild von der Berufsbildung in Deutschland zu zeichnen.

Die Berufsausbildung erfreut sich weiterhin sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite großer Beliebtheit. Sie ebnet den Weg in krisenfeste Beschäftigung und eröffnet attraktive Karriereperspektiven. Die Bewerberinnen und Bewerber haben trotz der zurzeit schwierigen geo- und wirtschaftspolitischen Lage sehr gute Aussichten, in Ausbildung einzumünden. Dennoch bleibt der Fachkräftemangel eine der wesentlichen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Zusätzliche Vertragsabschlüsse auf dem Ausbildungsmarkt wären möglich, wenn insbesondere die Ausbildungsreife aller jungen Menschen, die die Schule verlassen, sichergestellt und die berufliche Orientierung weiter optimiert würden. In diesen beiden Punkten nimmt die Arbeitgeberbank zentrale Verbesserungspotenziale wahr, die es für die Zukunft dringend zu heben gilt.

Die Welt ist im Umbruch – Deutschland steht vor einem Regierungswechsel, der Krieg Russlands gegen die Ukraine hält an, nach den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika stellt das Land auf einen Protektionismus mit umfangreichen Handelsbeschränkungen um. Diese Faktoren und weitere Aspekte, wie die fortschreitende Transformation der Wirtschaft, wirken sich unmittelbar und nachhaltig auf die wirtschaftliche Lage der deutschen Unternehmen aus und damit auf ihren zukünftigen Fachkräftebedarf sowie die heutige Nachfrage nach Auszubildenden. Angesichts der momentan herausfordernden Wirtschaftslage – das Bruttoinlandsprodukt ist 2024 das zweite Jahr in Folge gesunken – sind die gerundet 486.700 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ein sehr gutes Resultat. Mit Blick auf die aus dem Arbeitsmarkt ausscheidenden „Baby-Boomer“ sind jedoch weitere bildungspolitische Anstrengungen

erforderlich, um alle Ausbildungspotenziale zu heben, die vakanten Ausbildungsplätze zu besetzen und damit den künftigen Fachkräftebedarf zu decken.

Mit rund 556.100 Ausbildungsangeboten gibt die Wirtschaft ein klares Bekenntnis zur dualen Berufsausbildung ab. Die Beteiligungsquote der ausbildungsberechtigten Unternehmen ist erneut gestiegen – auf den Rekordwert von 59 Prozent. Die Unternehmen streben darüber die Deckung ihres zukünftigen Fachkräftebedarfs an und verschaffen den Bewerberinnen und Bewerbern gute Optionen, in eine Berufsausbildung als Basis qualifizierter Beschäftigung zu starten. Erfreulicherweise erkennen wieder mehr junge Menschen die Vorzüge einer Berufsausbildung, sodass die Ausbildungsnachfrage 2024 leicht (0,4 Prozent) auf rund 517.900 gestiegen ist. Mit einer Angebots-Nachfrage-Relation von 107,4 haben die jungen Menschen gute Auswahlmöglichkeiten. Ausgehend von diesem Zahlenverhältnis münden mehr als zwei Drittel der Ausbildungsinteressierten in eine Berufsausbildung ein. 39.200 junge Menschen wählten mit Kenntnis der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine Alternative und entschieden sich beispielsweise für ein Studium, einen weiteren Schulbesuch oder eine vollzeitschulische Ausbildung. Zum Wechsel des Berufsberatungsjahres standen den etwa 31.200 Unversorgten 69.400 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber. In der anschließenden Nachvermittlung konnte die Zahl der Unversorgten nochmals auf rund 18.300 gesenkt werden.

Die Berufsausbildung besitzt eine hohe Integrationskraft und ist offen für alle Bewerberinnen und Bewerber, für Leistungsstarke ebenso wie für solche mit Vermittlungshemmnissen. Gleich an mehreren Stellen weisen die im Berufsbildungsbericht enthaltenen Statistiken darauf hin, dass die Berufsausbildung dieser Integrationsaufgabe nachkommt. Gut jede zweite von den Unternehmen gemeldete Ausbildungsstelle setzt den Hauptschulabschluss voraus. Lediglich 6,7 Prozent der Stellenmeldungen verlangen eine Hochschulzugangsberechtigung. Die jeweilige Entscheidung ist maßgeblich durch das Berufsbild geprägt, für das in der Regelausbildungszeit die berufliche Handlungsfähigkeit zu vermitteln ist. Ein weiteres, prägnantes Indiz für die Integrationsleistung der Berufsausbildung ist das Ergebnis, dass fast jeder dritten Bewerberin/jedem dritten Bewerber mit Fluchthintergrund ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt wird. Damit die Nachwuchskräfte mit Vermittlungshemmnissen das Ausbildungsziel erreichen, investieren zahlreiche Ausbildungsunternehmen im besonderen Maße in Förderangebote wie Stützunterricht. Auch die zahlreichen Förderinstrumente der BA, wie beispielsweise die Assistierte Ausbildung (AsA), leisten dabei einen wesentlichen Beitrag. Ergänzend hierzu ist gerade vor dem Hintergrund der steigenden Zahl von ausländischen Bewerberinnen und Bewerbern eine intensive, ausbildungsbegleitende Sprachförderung seitens der Berufsschule und die Nutzung von (Berufs)Sprachlernangeboten Dritter (zum Beispiel vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) dringend geboten.

Die Berufsausbildung soll unter anderem auf das spätere Arbeitsleben vorbereiten und wird dieser Aufgabe gerecht. Neun von zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Abschlussprüfung bestehen diese; gut 90 Prozent davon sogar im ersten Versuch. Mehr als drei Viertel der Absolventinnen und Absolventen werden vom Ausbildungsunternehmen

übernommen, Tendenz steigend. Dies unterstreicht eindrucksvoll die Schlüsselrolle der Berufsausbildung für die Fachkräftesicherung. Nach der Berufsausbildung und gegebenenfalls einer Phase im Beruf locken attraktive Fortbildungen, zum Beispiel Meister/Meisterin oder Bachelor Professional. Wer diesen Weg geht, schützt sich erfolgreich vor Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote von Absolventinnen und Absolventen beruflicher Fortbildungen auf Meister- beziehungsweise Technikerniveau liegt mit 1,4 Prozent sogar deutlich unter der von Akademikerinnen und Akademikern (2,9 Prozent). Weil der Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Fachkräften und Führungskräften weiterhin groß ist, bieten mehr als 9 von 10 Unternehmen ihren Beschäftigten Weiterbildung an und investieren dabei insgesamt 46,4 Mrd. Euro pro Jahr.

Die Arbeitgeberbank im BIBB-Hauptausschuss setzt sich mit Nachdruck dafür ein, Gutes noch besser zu machen. Bereits in den letzten Jahren haben wir für die berufliche Orientierung Verbesserungspotenzial ausgemacht. Betriebe setzen auf ein breites Bündel an Rekrutierungskanälen, um noch mehr junge Leute für die Ausbildungsangebote zu gewinnen. Dennoch weist der Berufsbildungsbericht etwa 76.600 unbekannt Verbliebene aus. Das sind fast 18 Prozent aller Bewerberinnen und Bewerber. Knapp eine Million der 20- bis 34-Jährigen sind ohne Berufsabschluss und weder in Ausbildung, Studium oder in Beschäftigung. Beide Werte sind entschieden zu hoch. Ein enges Betreuungsnetz mit einer möglichst individuellen und bedarfsspezifischen Begleitung in Ausbildung kann dazu beitragen, auch diese Zielgruppe in die Berufsausbildung zu bringen. Auch das Durchschnittsalter der in Ausbildung Startenden ist mit 19,3 Jahren weiterhin hoch und für uns ein Zeichen, dass es nicht zufriedenstellend gelingt, die jungen Menschen unmittelbar nach Abschluss ihrer Schullaufbahn in Ausbildung zu führen. Auszubildende und Ausbildungsbetriebe müssen verstärkt auf ausbildungsvorbereitende und -begleitende Förderangebote hingewiesen werden, damit erforderliche Sprachkompetenzen erworben und Mindeststandards in den Kernkompetenzen nachholend erreicht werden. Immer wieder werden Vertragslösungen unter anderem damit begründet, dass der Beruf nicht den Erwartungen der jungen Menschen entspricht. Auch hier kann eine verbesserte berufliche Orientierung dazu beitragen, die Vertragslösungsquote von heute knapp 30 Prozent zu senken und die Zahl der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen zu erhöhen. Die Wirtschaft ist bereit für die anstehenden Schritte zur weiteren Verbesserung der Ausbildungssituation. Wir halten viele Ansätze – beispielsweise Praktikumsplätze, innovative Ausbildungskonzepte für unterschiedliche Zielgruppen und Teilqualifikationen für über 25-Jährige – vor und hoffen auf Gleichgesinnte an unserer Seite.

Ergänzende Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die Chancen der jungen Menschen auf einen Ausbildungsplatz hängen nach wie vor stark vom Schulabschluss, dem sozialen Hintergrund der Eltern und dem Wohnort ab. Gleichzeitig klagen Unternehmen in Rezessions- und Transformationszeiten über Fachkräftemangel, während vielen jungen Menschen der Zugang zu einer guten Ausbildung verwehrt bleibt. Die Ausbildungsmarktsituation für junge Menschen hat sich im Vergleich zum Vorjahr wieder verschlechtert. Während das Ausbildungsangebot um 1,2 Prozent zurückging, stieg die Ausbildungsnachfrage um 0,4 Prozent. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist rückläufig und liegt weiterhin unter dem Vor-Corona-Niveau. Rechnerisch gab es damit erstmals seit Corona wieder nicht genügend Ausbildungsplätze für alle Ausbildungsinteressierten. Ein auswahlfähiges Angebot ist weiterhin nicht in Sicht.

Trotz der Klagen über den Fachkräftemangel sind im Jahr 2024 rund 260.000 junge Menschen nach der Schule in Übergangsmaßnahmen statt in eine vollqualifizierende Ausbildung eingemündet. Und das, obwohl nach Meinung von Fachkräften fast zwei Drittel der jungen Menschen im Übergangssystem sofort oder mit Unterstützung direkt in eine Ausbildung hätte münden können.[1] Auch deshalb verharrt die absolute Zahl von 2,86 Millionen 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss auf dem Rekordniveau des Vorjahres. Die negativen Folgen sind gravierend: Während Menschen ohne Berufsabschluss ein höheres Risiko haben, arbeitslos zu werden und in prekären Arbeitsverhältnissen zu landen, gehen der Gesellschaft mit Blick auf den demografischen Wandel und die Transformation wertvolle Arbeitskräfte verloren.

Diese negative Entwicklung ist eine direkte Folge der Probleme beim Übergang von der Schule in den Beruf, insbesondere der unzureichenden Unterstützungsangebote. Alle Maßnahmen von Bund und Ländern müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie zu mehr Chancengleichheit im Bildungssystem beitragen, um angesichts dieser Probleme alle betrieblichen Ausbildungspotenziale auszuschöpfen. Dazu gehört auch die Unterstützung für Betriebe, die Auszubildende bisher ablehnen beziehungsweise Ausbildungsplätze nicht besetzen, weil die Bewerber/-innen nicht den geforderten Qualifikationen entsprechen. Gerade für den Umgang mit diesen vermeintlich schwächeren Jugendlichen muss das Ausbildungspersonal besser vorbereitet und geschult werden. Dazu gehört auch, die bestehenden Instrumente zur Förderung der Ausbildung noch bekannter zu machen, zum Beispiel die Assistierte Ausbildung (AsA) der BA. In diesem Zusammenhang erwartet der DGB von der neuen Bundesregierung ein **Aktionsprogramm für Menschen ohne Berufsabschluss**, um einen besseren Übergang von der Schule in den Beruf, eine gute Ausbildung und attraktive Wege zum Nachholen eines Berufsabschlusses zu ermöglichen.

---

[1] Vgl. Bertelsmann Stiftung und Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hrsg.). Jugendliche im Übergangssektor – Eine Befragung von Fachkräften. Gütersloh und Berlin (2025).

Nach wie vor münden nur rund zwei Drittel der Ausbildungsinteressierten in eine Ausbildung ein. Die Einmündungsquote ist mit 67,6 Prozent rückläufig. Es braucht mehr Anstrengungen, diejenigen in Ausbildung zu bringen, die von Betrieben als vermeintlich nicht geeignet abgelehnt werden. Zum anderen muss die berufliche Bildung für diejenigen attraktiver werden, die mit einer Hochschulzugangsberechtigung zwischen verschiedenen weiteren Bildungswegen wählen können.

Deshalb sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung** auch in den Bildungsbedingungen herzustellen:

1. Die regionale und bundesweite Mobilität von Auszubildenden muss durch den Ausbau kostengünstiger Angebote für Auszubildende in dualen und schulischen Berufen im öffentlichen Nah- und Fernverkehr dauerhaft gefördert werden. Die Einführung eines bundesweiten Azubi-Tickets ist hierfür ein geeignetes Mittel.
2. Die problematische Wohnraumsituation für Auszubildende am Ausbildungsort muss angegangen werden. Analog zu den Studierendenwerken muss der Aufbau von Azubi-Werken gefördert und das Programm Junges Wohnen verstetigt und ausgebaut werden.
3. Auszubildende profitieren weitaus seltener von Auslandsaufenthalten als Studierende. Daher sollten Mobilitätshemmnisse für Auszubildende abgebaut und Auslandsaufenthalte durch mehr Unterstützung und Beratung ermöglicht werden. Auch die Beteiligung der Betriebe muss unterstützt und Förderprogramme für internationale Mobilitäten besser ausgestattet werden.
4. Wir plädieren dafür, in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern, eine Sozialerhebung für Auszubildende ins Leben zu rufen. Nach dem Vorbild der Sozialerhebung für Studierende sollten hier Auszubildende aus dualen und schulischen Ausbildungsgängen zu ihrer sozialen Lage befragt werden.
5. Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) muss auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden, um die verbindliche Gleichwertigkeit von beruflichen und akademischen Abschlüssen herauszuheben und festzuschreiben.

Die Zahl der ausbildenden Betriebe nimmt seit mehr als zehn Jahren kontinuierlich ab und beträgt im Jahr 2023 nur noch 18,8 Prozent (2009: 23,3 Prozent). Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, sodass die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses in der Verantwortung von immer weniger Betrieben liegt. Um Klein- und Kleinstbetriebe wieder in die Ausbildung zu (re-)integrieren und dem steigenden Fachkräftebedarf gerecht zu werden, muss die Finanzierung der Berufsausbildung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Wir plädieren dafür, die Finanzierung über einen **Zukunftsfonds Ausbildung** zu organisieren.

In diesen Fonds zahlen alle Betriebe ein, sodass die Kosten für die Berufsausbildung und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses auf eine breite Basis gestellt werden.

Mittel aus dem Zukunftsfonds können die Kosten für zusätzliche betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsplätze oder für Ausbildbildungsverbünde absichern und eine leistungsfähige Infrastruktur zur Unterstützung einer echten Ausbildungsgarantie schaffen.

Sowohl im Vorfeld des abgeschlossenen Ausbildungsvertrags als auch im Ausbildungsverlauf besteht dringender Handlungsbedarf. Die Vertragslösungsquote erreicht mit 29,7 Prozent einen Rekordwert und setzt damit die negative Entwicklung seit 2010 fort, die Prüfungserfolgsquote sinkt mit 88,0 Prozent erneut auf einen Tiefstand. Der stärkste Einflussfaktor für Vertragslösungen ist die Ausbildungsqualität.[2] Hierzu müssen die zuständigen Stellen die Ausbildungsbetriebe stärker unterstützen. Darüber hinaus müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit sowohl bei den Vertragslösungen als auch bei den nicht erreichten Ausbildungszielen eine Trendumkehr erreicht wird. Die Qualität und Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung muss gesteigert werden, indem der Bund eine **Qualitätsoffensive** startet, um die Betriebe, Ausbilder/-innen, überbetrieblichen Bildungsstätten, die berufsbildenden Schulen und die dort tätigen Lehrkräfte zu stärken und damit individuelle Förderung auch in der Ausbildung möglich zu machen.

Neben den Berufen nach BBiG und HwO werden im Berufsbildungsbericht auch die Berufe im Gesundheitswesen untersucht. Insbesondere die Berufe in der Pflege haben inzwischen einen hohen Anteil von Auszubildenden, der aufgrund des Fachkräftemangels auch notwendig ist. Der Vertrag der Pflegefachkräfte wird mit dem Ausbildungsbetrieb geschlossen und nicht mit den Pflegefachschulen. Im Bericht wird immer noch von einer schulischen Ausbildung gesprochen, obwohl Ausbildungsverträge mit Pflegefachkräften mit dem Ausbildungsbetrieb geschlossen werden und nicht mit den Pflegefachschulen. Der theoretische und praktische Unterricht findet nicht mehr ausschließlich an den Schulen statt. Die Datenlage zum Ausbildungserfolg im Pflegebereich muss dringend verbessert werden. Lediglich 63 Prozent der Auszubildenden führen ihre Ausbildung bis zur Prüfung fort. Die Gründe für Ausbildungsabbrüche und der Verbleib müssen stärker untersucht werden.

[2] Vgl. Krötz, M., Deutscher, V. Drop-out in dual VET: why we should consider the drop-out direction when analysing drop-out. Empirical Res Voc Ed Train 14, 1 (2022).

Ergänzende Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Länder

Die Beauftragten der Länder im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung danken den zuständigen Ressorts sowie dem Bundesinstitut für Berufsbildung für die Erstellung des umfassenden – wenn auch sehr **kurzfristig** vorgelegten – Berichts.

Der Berufsbildungsbericht macht aus Sicht der Länder deutlich, dass das Berufsbildungssystem in Deutschland weiterhin vor großen **Herausforderungen** steht. Nachdem in den vergangenen Jahren leichte Zuwächse bei den **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen** zu verzeichnen waren, ist 2024 eine Stagnation auf dem Ausbildungsmarkt eingetreten. Diese Entwicklung betrachten die Beauftragten der Länder mit Besorgnis.

Die Länder betonen die große Bedeutung der Berufsausbildung in Deutschland. Durch sie wird der Grundstein für die beruflichen Karrieren vieler junger Menschen in unserem Land gelegt und somit auch für die Integration und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig leistet sie einen entscheidenden Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs unserer Wirtschaft. Den Ländern ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass möglichst alle Potenziale zum Einstieg in den Arbeitsmarkt und zur Ausbildung des Fachkräftemangels genutzt und möglichst viele Jugendliche in die duale Ausbildung integriert werden sollten.

Erfreulich ist aus Sicht der Beauftragten der Länder, dass bei den jungen Menschen offensichtlich ein hohes Interesse an einer Ausbildung besteht. Obwohl die **Nachfrage** nach Ausbildung weiter gestiegen ist, gilt es nach wie vor, junge Menschen zu motivieren und davon zu überzeugen, dass eine duale Berufsausbildung gute und attraktive Zukunfts- und Beschäftigungsperspektiven bietet.

Während die Nachfrage junger Menschen nach einer dualen Berufsausbildung angestiegen ist, nahm jedoch das **Angebot** an Ausbildungsstellen im Berichtszeitraum ab. Mit Sorge nehmen die Beauftragten der Länder zur Kenntnis, dass die **Zahl der Ausbildungsbetriebe** insgesamt gesunken ist. Von dem Rückgang sind insbesondere Klein- und Kleinstbetriebe betroffen. Diese sollten daher bei der Gewinnung von Auszubildenden und bei der Durchführung der Ausbildung im Rahmen ihrer eigenen Verantwortung durch passende Instrumente gezielt unterstützt werden. Positiv hervorzuheben ist jedoch, dass insgesamt anteilig mehr Betriebe von ihrer Ausbildungsberechtigung Gebrauch machten.

Eine niedrigere **Angebots-Nachfrage-Relation** bei den zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätzen stellt die Akteure der beruflichen Bildung vor weitere Herausforderungen.

Aus Sicht der Beauftragten der Länder muss weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die **Gruppe der unbekannt verbliebenen Bewerberinnen und Bewerber** gerichtet werden. Wie bereits auch schon in früheren Berufsbildungsberichten dargestellt, gibt es hier höhere Anteile von Personen mit maximal erstem Schulabschluss und von Personen mit

Migrationshintergrund als in der Gruppe derer, bei der die Einmündungs- oder weiteren Bildungswege bekannt sind.

Die Beauftragten der Länder stellen fest, dass das **Zusammenführen von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt** nach wie vor zu den zentralen Herausforderungen gehört. Die **Passung von Angebot und Nachfrage** ist differenziert zu beleuchten und durch unterschiedlich akzentuierte Instrumente und Maßnahmen unter Berücksichtigung regionaler Disparitäten zu adressieren. Kontakte zu Betrieben (zum Beispiel im Rahmen der Einstiegsqualifizierung, durch andere Praktika oder durch Probearbeiten) tragen entscheidend zu einem gelingenden Übergang in eine betriebliche Ausbildung bei. Dies gilt insbesondere für junge Menschen mit Migrations- beziehungsweise Fluchthintergrund sowie für Jugendliche mit formal niedrigen Bildungsabschlüssen. Ebenfalls wirken sich Beratung und Begleitung der jungen Menschen durch Strukturen der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit, etwa in Form von Jugendberufsagenturen, positiv auf den Übergang in eine betriebliche Ausbildung aus.

Neben den vielfältigen Maßnahmen der einzelnen Bundesländer ist hierbei auch auf die positiven Auswirkungen der **Initiative Bildungsketten** hinzuweisen, die Einzelmaßnahmen der beruflichen Orientierung mit Mitteln des Bundes unterstützt und mit den vielfältigen Aktivitäten der Länder verzahnt. Die Länder sprechen sich für eine Fortführung der gemeinsamen Initiative und damit verbundene weitere Verzahnung der von Bund und Ländern finanzierten Maßnahmen aus.

Wenngleich die **Besetzungsprobleme** der Betriebe insgesamt leicht zurückgegangen sind, bestehen dennoch **deutliche regionale und berufsspezifische Unterschiede** hinsichtlich der Regionen mit **Versorgungs- und Besetzungsproblemen**. Es bedarf hier der Bemühungen aller an der dualen Ausbildung beteiligten Partner, die duale Berufsausbildung so zu gestalten, umzusetzen und zu kommunizieren, dass sie auf das Interesse und das Vertrauen junger Menschen und deren Eltern trifft.

Das besondere Engagement der Akteure sowie flankierende Hilfen des Bundes und der Länder zur Sicherung der Berufsausbildung sind weiterhin notwendig.

Die Länder danken allen Betrieben und an der Umsetzung der dualen Ausbildung Beteiligten für ihr großes und teilweise ehrenamtliches Engagement.